

ANGRIFFE VON OBEN

In der Nacht von Freitag auf Samstag wurde versucht ein leerstehendes Ladenlokal in der Altstadt von Winterthur für ein paar Stunden zu besetzen. Während der Aktion wurden wir von den Bullen angegriffen. Dabei wurden 8 Leute von den Bullen kurzweilig verhaftet. Alle wurden im Verlauf der Nacht wieder freigelassen. Dass die Bullen so reagieren, ist kein Zufall. Denn gerade die Marktgasse ist der zentrale Standort des Kapitals in Winterthur. Doch zum Schweigen bringen konnten sie uns nicht, wir haben uns stattdessen selbstbestimmt die Strasse genommen. Spontan schlossen sich bis zu 150 Leute der Demo an, um in Winti gegen Stadtaufwertung auf die Strasse zu gehen. Denn wir sind überzeugt es gibt mehr als 1000 Gründe um weiter zu machen, es gibt mehr als 1000 Gründe, um weiter zu besetzen!

Die geplante Aktion war eine Antwort auf die Spaltungsversuche und die Räumungsandrohung der Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte (SKKG). Denn am 3. Juli hat die SKKG bekannt gegeben, dass sie ab 2025 drei der sieben selbstverwalteten Häuser in Winterthur gewaltsam räumen wird. Es sind die Häuser, die am längsten besetzt, bewohnt und von den Bewohnenden in Stand gehalten werden: die Liegenschaften an der General Guisan Strasse, an der Zürcherstrasse und an der Schaffhauser Strasse.

Doch die Frage ums Wohnen beschäftigt nicht nur die Menschen in Besetzungen, sondern grosse Teile der lohnarbeitenden Menschen. Die Mieten steigen und die Wohnungsnot nimmt zu. Pensionskassen, Banken und Versicherungen erstellen riesige und teure Neubauten in Neuhegi-Grüze. Besonders in den bisher günstigen Quartieren wie Töss, Oberi oder im Rosenberg werden Häuser abgerissen und durch teurere Neubauten ersetzt. Und die bisher günstigen Altstadtwohnungen werden mit der «Renovationsoffensive» der SKKG bis zu dreimal teurer. Gleichzeitig geben die Hausbesitzer_innen die höheren Energiekosten direkt an uns weiter, die Gesundheitskosten steigen ebenfalls und Nahrungsmittel werden immer teurer.

Die Missstände sind also zu gross, als dass einfach an einigen Schrauben gedreht werden könnte. In der Krise wird es für die Kapitalist_innen schwieriger profitable Investitionsmöglichkeiten zu finden und die Leute zieht es zunehmend in die Städte. Raum wird knapp und begehrt und gleichzeitig versprechen Immobilien sichere und überdurchschnittlich hohe Renditen. Deshalb stürzen sich Pensionskassen, Versicherungen und Banken ins Immobiliengeschäft und verteuern die Mieten in den Städten.

1000 GRÜNDE 
weiter zu besetzen!

DIE HÄUSER DENEN, DIE DRIN WOHNEN!

aufwertung und filialisierung

In der Marktgasse zeigt sich anhand vieler leerstehender Ladenlokale die ganze Absurdität des Preistreibens bei den Mietzinsen. Für die Immobilienbesitzer_innen lohnt es sich offenbar eher, Ladenlokale über Monate leerstehen zu lassen und auf die Vermietung an eine internationale Mode- oder Fast Food-Kette zu hoffen, als die Gewerbeflächen etwas günstiger zu vermieten. Denn die grossen Franchise-Ketten wie Starbucks und McDonalds, die zahlreichen Bankfilialen und die Filialen der Modelabels sind schlussendlich die einzigen, die sich diese hohen Mieten überhaupt leisten können. Diese «Filialisierung» heizt die Mietpreise weiter an und gleichzeitig ist sie der Grund für den Leerstand.

Neben günstigem oder zumindest bezahlbarem Wohnraum verschwinden so aber auch je länger je mehr alle Räume, die nicht durchkommerzialisiert sind. Überall herrscht Konsumpflicht und an den Leuten, die auf der Strasse sitzen, Musik hören und ihre Getränke aus Büchsen aus dem Supermarkt trinken, stören sich die Leute, die die hohen Mieten noch zahlen können, meist.

WIR HABEN 1000 GRÜNDE WEITER ZU BESETZEN!

unsere antwort: widerstand

Diese Aktion ist nicht nur ein Zeichen, dass wir uns nicht aus unseren selbstverwalteten Häusern vertreiben lassen, sondern Zeichen des Widerstands gegen das kapitalistische System, das unseren Wohnraum zur Ware macht. Mit der Aktionsform der Besetzung wollen wir unsere Ablehnung gegen dieses System zum Ausdruck bringen, indem wir den Grundpfeiler der kapitalistischen Ordnung in Frage stellen: die Eigentumsverhältnisse. Wir wollen nicht nur ein Jugendhaus, Genossenschaften und Zwischennutzungen – wir wollen eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum stehen und nicht der Profit.

Schlussendlich sind steigende Mieten und Vertreibung aus Städten kein Naturgesetz. Es gibt die, die von diesen Entwicklungen profitieren und die, die verlieren. Das heisst auch, dass wir es zusammen besser machen könnten.

Organisieren wir uns und entwickeln wir eine widerständige Kultur, die die Bedürfnisse der vielen ins Zentrum stellt. Sprechen wir mit unseren Nachbarn, denen es oft ähnlich geht. Setzen wir der Stadtaufwertung von oben unseren gemeinsamen Widerstand von unten entgegen und schmeissen wir die Profiteur_innen der Wohnungsnot aus der Stadt.

**DENN DAS SIND UNSERE QUARTIERE,
UNSERE STADT UND DAS IST UNSERE WELT!**